

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P.,  
für das deutsche Reich und ganz Oesterreich 9 M  
incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen  
nehmen an die Expedition, W. (8), Mohren-  
straße 59, und sämtliche Postanstalten.

# National-Zeitung.

Inserate. — Die Beilagen:  
Morgen-Ausgabe 4-gelappten 40 P. Columnen  
resp. deren Stelle 300 M. u. f. w.  
Abend-Ausgabe 3-gelappten 60 P. — Beilagen:  
3-gelappten 1 M 50 P. — Columnen 450 M. u. f. w.

## Deutscher Reichstag.

7. Sitzung vom 11. März.

1 Uhr. Am Bundesrathstische: v. Bötticher, v. Broussart, von  
Sapir, Dr. v. Schelling.

Das Haus tritt in die dritte Berathung der Militärvorlage.  
Eine Generaldebatte findet nicht statt. Ohne Diskussion wird das  
Gesetz in seinen Einzelbestimmungen angenommen und sodann auf  
Antrag der Abg. Dr. Sauter, v. Gagen und v. Helldorf in  
namentlicher Abstimmung mit 227 gegen 31 Stimmen  
definitiv genehmigt. Dafür stimmen die Nationalliberalen, die  
Reichspartei, die Konfessionellen und die bekannten 7 Mitglieder des  
Centrums, dagegen die Freisinnigen und Sozialdemokraten, das  
Groß- und Centrum (34 Mitglieder) enthält sich der Abstimmung,  
Polen und Estländer fehlen.

Es folgt die Debatte über die vom Abg. Rickert beantragte  
Resolution:

Den Bundesrath zu ersuchen:  
beim Reichstage eine Vorlage zu machen, durch welche zur Deckung  
der durch das Gesetz, betreffend die erhöhte Friedens-Kriegsstände  
des Bundes, erwachsenden Mehrkosten eine Reichseinkommen-  
steuer nach folgenden Grundsätzen eingeführt wird:

1. Die Reichseinkommensteuer wird erhoben vom reinen Ein-  
kommen aus Kapitalvermögen, Grundeigentum, Gewerbe-  
betrieb, öffentlicher oder privater gewinnbringender Beschäfti-  
gung, Renten oder sonstigen stehenden Bezügen.
2. Der Reichseinkommensteuer sind alle Einkommen von mehr  
als 6000 Mark unterworfen. Dasselbe beträgt einen Be-  
trags von 1/2 Prozent auf aufsteigenden Prozentsatz desselben.
3. Die Zahl der zu erhebenden Monatsraten der Reichseinkom-  
mensteuer wird jährlich durch das Reichshaushaltsgesetz  
festgesetzt.

Abg. Rickert (fr.): Zur Ergänzung des vor einigen Tagen

von mir eingebrachten bemerke ich das Folgende: Anfangs dieses  
Jahres wurde die Einführung unserer Antrags in der Militär-  
kommission von Seiten der nationalliberalen Korrespondenz freudig  
begrüßt und der Grundgedanke derselben gebilligt. Nach Annahme  
der Militärvorlage sah man, hieß es, die erhöhte persönliche Be-  
lastung der ärmeren Klassen durch stärkere finanzielle Heranziehung  
der wohlhabenden Klassen ansgleichen. Wir sollten, sagte man dann  
weiter, aber einen begünstigten Gesandten anarbeiten. Nun, die  
Sache ist mit heute nicht abgethan, und wir hätten auch einen  
formulierten Entwurf einbringen können; aber wir wollten vorläufig  
nur dem Reichstag den Puls fühlen. Man hat die Verfassungs-  
mäßigkeit der Reichseinkommensteuer bestritten. Aber 1869 hat  
man in der Verfassung die Befugnis der Reichscompetenz auf  
die indirekten Steuern ausdrücklich gestrichen. Eine direkte gemein-  
same Reichsteuer würde, wie die damaligen nationalliberalen  
Reformer bemerkten, eine Verstärkung des Reichsgebührens und der  
Reichsgewalt herbeiführen. In § 70 der Verfassung sind ausdrücklich  
direkte Reichsteuern in Aussicht genommen, und das wurde da-  
mals von den Abg. Miquel und Dreyer bestritten, da die  
Matrikularbeiträge nur als ein Nothbehelf gelten konnten. Durch  
eine Reichseinkommensteuer würden die Einnahmen, aber durch  
Verringerung der Matrikularbeiträge auch die Ausgaben der Einzel-  
staaten sich verringern. Zugleich wurden dadurch die bei Abschaffung  
oder Verringerung der Matrikularbeiträge notwendigen kon-  
stitutionellen Garantien geschaffen, was bei indirekten Steuern  
nicht möglich sei. Der Gedanke der Reichseinkommen-  
steuer fand damals bei den National-Liberalen lebhaften Anklang,  
und eine von National-Liberalen und Konservativen, von Herrn  
Kalle und Herrn v. Mühlengerode, einberufene Versammlung sprach  
sich entschieden für Einführung der direkten Reichsteuer aus.  
Seitdem hat sich durch das Vorgehen des Reichskongresses  
unser Reichsfinanzsystem gänzlich geändert. Wir aber halten  
noch wie vor die Reichseinkommensteuer für eine durchaus  
richtige. Man sagt, man beschränke dadurch die Rechte  
der Einzelstaaten. Aber worauf gründen sich denn diese Rechte?  
Im Grunde, alle entgegenstehenden Bestimmungen sind aus dem  
Wege geräumt. Man betont ferner die Schwierigkeit der Erhebung  
dieser Steuern. Worin soll aber diese Schwierigkeit bestehen? Die  
kleine Zahl der in Aussicht genommenen Steuerpflichtigen, etwa 200 000,  
die Höhe der einzukommenden Steuer ist gar nicht groß genug,  
als daß die Erhebung der Steuer besondere Schwierigkeiten ver-  
ursachen oder das Steuerwesen der Einzelstaaten föhren könnte.  
Wenn man einwendet, man solle doch die Erhebung der direkten  
Steuern den Einzelstaaten überlassen, so müssen wir doch fragen,  
haben wir denn auf eine solche Erhebung im größten Einzelstaate,  
in Preußen, Aussicht? Nein, und zwar einfach deshalb, weil die  
preussische Regierung nicht auf eine Quotisierung der  
direkten Steuern eingehen will, ohne die nur die Erhebung  
nicht bewilligen können. Von einer sozialdemokratischen  
Tendenz unseres Antrages oder davon, daß nur ein paar der  
reichsten Leute, Krupp und Meißner, die Militärlast tragen sollen,  
kann doch wirklich nicht die Rede sein. Was will denn gegenüber der  
Befreiung des Massenkonsums, die nach allgemeiner Anerkennung  
der Wissenschaft von den ärmeren Klassen vorwiegend getragen  
wird, die kleine von uns in Aussicht genommene Einnahme sagen?  
Ich gehe auf die Einzelheiten nicht weiter ein. Ich bitte Sie,  
unserer Resolution zuzustimmen; über die Ausführung derselben  
wird sich, davon bin ich überzeugt, ein Einverständnis ergeben  
lassen. Wir wollen mit der Resolution zugleich protestieren gegen  
die Ziele des Reichsfinanzsystems, der offen erklärt hat, daß es einerseits  
das Wohlwollen des Reichstages möglichst beizubehalten will, da bei  
einer verfassungstreuen Regierung das Ausgabebewilligungsrecht des  
Reichstages genaugenau; und daß andererseits die notwendigen Einnahmen  
vorzüglich durch Befreiung des Massenkonsums aufbringen will.  
Wir aber wollen das Einnahmewilligungsrecht des Reichstages  
voll aufrecht erhalten und die Matrikularbeiträge nur gegen eine  
ausdrückliche direkte Steuer austauschen; und wir wollen zugleich die  
notwendigen Zahlungsmittel entsenden, ohne darum alle indirekten  
Steuern abschaffen zu wollen. Vielmehr halten auch wir z. B. eine  
Reform der Zuckersteuer und der Branntweinsteuer für notwendig.  
Wir sind überzeugt, daß mit der Realisierung unserer Resolution  
ein neuer, freudiger Weg für das Reich eingeschlagen werden  
und der Reichsgebäude eine erhebliche Stärkung erfahren würde.  
Daher haben wir sie beantragt, und sollte sie abgelehnt werden, so  
werden wir mit unserem Antrage im nächsten Jahre wiederkommen.  
(Beifall links.)

Erster Vicepräsident Dr. Vahl übernimmt den Vorsitz.

Abg. Frhr. v. Huene (Centr.): Der Abg. Rickert hat der  
Reichseinkommensteuer eine außerordentliche Tragweite beigegeben  
und sie uns warm empfohlen. Er sagte, die Sache habe gar  
keine Schwierigkeit. Als conditio sine qua non nannte Herr  
Rickert die Quotisierung. Nun glaube ich aber immermehr, daß  
das vom Abg. Rickert erstrebte Ziel auf diesem Wege gelöst werden  
kann. Darum haben wir diesen Weg nicht betreten, haben uns  
aber bei der Statberathung im preussischen Abgeordnetenhaus zur  
Reform der direkten Steuern bereit erklärt. In Deutschland herrscht  
nun eine wahre Mißvertheilung direkter Steuerlasten. Wie daneben  
die Reichseinkommensteuer bestehen kann, sehe ich nicht ein. Die  
Verfassungsbedenken, die ich habe, liegen wesentlich in der Aus-  
führung dieses Projekts. Ohne Eingriff in die Rechte der Einzel-  
staaten kann diese Steuer nicht durchgeführt werden. Es würden  
sich dabei nur Ungleichheiten zwischen den Steuerzahlern der Einzel-  
staaten herausstellen. Wir bleiben dabei, der von Ihnen gegebene  
Gedanke ist uns sympathisch, aber nicht die von Ihnen gewollte  
Ausführung desselben. Wenn es gilt, auf dem Wege der Steuer-  
reform zur That zu schreiten, da werden Sie auch und stets bereit  
finden. (Beifall im Centrum.)

Abg. Grödenberger (Ez.): Die Resolution geht darauf

hinaus, lediglich die Mehrausgaben, welche durch die Militär-  
vorlage erforderlich sind, durch eine Reichseinkommensteuer zu decken,  
während unsere bisherigen Ausgaben bestehen bleiben. Aber wir  
gehen weiter und sagen, wir halten fest an unserem alten Stand-  
punkt, daß alle Reichsausgaben auf dem Wege der direkten Steuern  
aufzubringen sind. Was der Abg. Rickert ausgeführt hat in Bezug  
auf die Noth der Massen und die Ungerechtigkeit der indirekten Steuern  
findet voll und ganz unsere Billigung, wir meinen aber auch, daß die  
indirekten Steuern unumwandelbar und deshalb zu beibehalten sind. Sie  
drücken auf die nichtbesitzenden Massen, und wir haben nicht die  
Absicht, dem Reichtum, der dem armen Mann die letzten Pfennige vom  
Munde wegnimmt, auf diesem Wege noch mehr zu bewilligen. Wir  
finden, daß die Resolution eine Konsequenz enthält. Wir machen  
der freisinnigen Partei den Vorwurf, daß sie dem Militärgesetz  
zugestimmt hat; sie hat im vorigen Reichstage und auch jetzt wieder  
für die Bewilligung, wenn auch nur auf drei Jahre,  
gestimmt, ohne die Garantie zu haben, daß die Mehrausgaben aus der Vorlage auch auf dem Wege der  
Reichseinkommensteuer gedeckt werden. Nachdem wir aber  
sehen, daß die Vorlage bewilligt ist, nachdem die Mittel dafür auf-  
gebracht werden müssen, wie es aber mit unserem Gewissen nicht  
vereinigen können, wiederum die indirekten Steuern vermehren zu  
helfen, so müssen wir der Resolution, mit deren gegenwärtigen  
Kassierung wir nicht einverstanden sind, zustimmen. Die National-  
liberalen haben vor einigen Tagen geäußert, daß sie noch nicht  
Einstellung zu der Resolution nehmen könnten; jetzt ist ihnen Ge-  
legenheit dazu geboten. Wenn aber das Centrum gegen dieselbe  
stimmt, so erklärt es sich von vornherein einverstanden mit der  
Vollziehung der indirekten Besteuerung. Sie wollen abwarten, welche  
Vorlage die Regierung einbringen werde. Nun, wenn Sie jetzt  
das Prinzip der direkten Besteuerung ablehnen, dann stellen Sie  
sich auf das Prinzip der indirekten Besteuerung, welche die großen  
Massen des kleinen Mannes schwer belastet.

Inzwischen hat die nationalliberale Fraktion, die Abg. Dr.  
Kalle u. Gen., folgende Resolution eingebracht:

In Erwägung,  
daß die beabsichtigte stärkere Heranziehung der größeren Ein-  
kommen neben der Ausübung und Erhöhung der indirekten  
Belastung an sich berechtigt ist, die Erreichung dieses Ziels in-  
dessen auf dem in der Resolution vorgeschlagenen Wege der  
Einführung einer Reichs-Einkommensteuer, wegen der großen  
Verschiedenheit der in Deutschland bestehenden direkten Besteue-  
rung des Einkommens und bei den auftretenden Schwierigkeiten  
einer Reichs-Einkommensteuer entgegenstehenden Hinder-  
nissen, jeden Falls zur Zeit mit den größten Schwierigkeiten  
verbunden sein und eine Vertagung der bei leichteren, das gleiche  
Ziel verfolgenden Reform der Steuerwesen in den Einzel-  
staaten, soweit dieselbe noch nicht durchgeführt ist, veranlassen  
würde;

In Erwägung:

daß daher die in der Resolution des Herrn Abgeordneten Rickert  
enthaltenen Vorschläge, welche ohnehin auf die richtigen Grund-  
sätzen nicht entsprechende Deckung einer bestimmten Mehrausgabe  
durch eine besondere Steuer abzielen, und das fundierte und un-  
fundierte Einkommen in gleicher Höhe heranziehen wollen, in der  
gegenwärtigen Lage keine geeignete Basislage für die baldige,  
wenn auch nur theilweise Befreiung der für das Reich und für  
die Einzelstaaten dringend erforderlichen Mittel, sowie für die  
Entlastung der niedrigeren Volksklassen enthalten,

geht der Reichstag auf diese Vorlage zur Tagesordnung über.

Abg. Dr. Miquel (nat.): Verfassungsmäßige Bedenken können  
gegen diese Resolution in keiner Weise geltend gemacht werden.  
Ich stehe noch heute, wie alle meine politischen Freunde, auf dem  
Standpunkt, daß die Reichsverfassung dem Reiche das Recht der  
direkten Besteuerung ohne Zweifel gewährt. Herr Rickert hat  
in dieser Beziehung auf meine eigenen früheren Ausführungen  
bei der Verfassung der Verfassung des norddeutschen  
Bundes sich berufen. Ich frage mich darüber, daß ich noch  
heute genau auf denselben Standpunkt stehe wie damals, nicht bloß  
in Beziehung auf die Verfassungsmäßigkeit des Reiche, direkte  
Steuern zu erheben, sondern auch in der Beziehung, daß ich den  
Zeitpunkt immer noch für möglich halte, wo wir zur direkten Be-  
steuerung in Reiche kommen. Der ganze Streit ist zwischen ihm und mir  
daher, ob bei der gegenwärtigen Finanzlage die Bedürfnisse, welche  
heute Reich und Staat haben, auf dem Wege, der zur Zeit von Ihnen  
vorgeschlagen wird, gedeckt werden können oder nicht. Ich will  
noch mehr aufgeben: da die Verfassung des deutschen Reiches das  
Recht der Einnahmeherrschung giebt, besonders durch Festsetzung  
der Matrikularumlagen, so würde eine jede direkte Besteuerung an  
Stelle der Matrikularumlagen notwendig eine Ergänzungsteuer  
sein. Es würde das Recht, die Matrikularumlagen zu bewilligen,  
nur aufgegeben werden können gegen das Recht der Quotisierung  
der direkten Besteuerung, die an die Stelle derselben treten sollte.

Ueber alle diese Punkte ist also gar keine Differenz vorhanden.  
Was die Resolution betrifft, so halte ich an derselben zudrerst,  
daß sie allen Grundrissen der Besteuerung in Deutschland entgegen-  
für einen bestimmten Ausgabebereich eine besondere Steuer einführt.  
(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Kollege Rickert hat  
sich offenbar mit Recht darüber beschwert, daß man diesen ganzen Antrag  
nicht ernst hat nehmen wollen, daß man vielmehr in denselben nur  
ein Vakuum übersehen hat, das man ausfüllen wollte, wenn er  
objektiv nachweist, so wird er zeigen, daß Zeit, Ort und Umstände  
und auch der Inhalt dieses Antrages sehr leicht zu dieser Meinung  
führen konnte. (Sehr richtig!) Der Antrag ist zu der Militärvorlage ge-  
stellt worden von ihm und seinen Freunden, während sie sonst immer  
indirekte Steuern nicht entgegenzogen wollen. (Sehr richtig!)  
Der Antrag soll bestimmte Klassen der Bevölkerung herausheben  
zur ausschließlichen Deckung von Mehrausgaben, welche doch der  
ganzen Nation zu Gute kommen (Sehr wahr!), da konnte der  
Gedanke leicht entstehen, den ich persönlich namentlich  
nach den Ausführungen des Abgeordneten Rickert für voll-  
ständig unbegründet halte (Lachen rechts) und auf den ich  
daher auch in keiner Weise wieder zurückkommen werde.  
Die Resolution hat aber auch noch einen anderen Mangel, auf  
den ich zwar nicht näher eingehen will, den ich doch aber kurz be-  
rühren möchte. Wir halten es nicht für richtig, daß die von  
Ihren vorgeschlagene Reichs-Einkommensteuer das fundierte  
und nicht fundierte Einkommen ganz gleichmäßig be-  
steuert. Wir sind der Meinung, daß es der Gerechtigkeit  
entspricht, namentlich bei einer progressiven Einkommensteuer, wie  
sie hier vorgeschlagen wird, beide Arten von Einkommen, das, was  
aus dem Eigentum herrührt, welches das Leben des Besitzers  
überdauert und dasjenige Einkommen, was aus persönlichen  
Leistungen des lebenden Menschen allein hervorgeht und mit dem  
Tode ausfällt, gleichmäßig zur Einkommensteuer heranzuziehen.

Dies Alles würde kaum ein genügender Grund sein, sich gegen  
die Vorlage zu erklären, man würde in dieser Beziehung ja Modifi-  
kationen vorschlagen können, und es wäre möglich, sich vielleicht  
mit den Herren zu verständigen. Das Wesen der Sache liegt aber  
doch anderswo. Gewiß kann man nicht und braucht man sich nicht  
in der Theorie und grundsätzlich gegen eine Reichseinkommensteuer  
anzukämpfen, wenn man als praktischer Politiker in einer ge-  
gebenen Lage einen solchen Vorschlag bloß für Theorie erklärt. Ich  
theile die Ansicht, die von verschiedenen Seiten ausgesprochen ist,  
namentlich auch vom Abg. von Huene, daß gegenüber der in  
den letzten Jahren stattfindenden Vermehrung der indirekten  
Belastung des deutschen Volkes und der Steigerung der Verbrauchs-  
ausgaben es gerecht und billig ist, eine Kompensation gegenüber den  
stets wachsenden Ausgaben von Reich, Staat und Gemeinde in  
einer stärkeren direkten Heranziehung der größeren Einkommen zu  
suchen. Diesen Standpunkt theile ich vollständig, ich meine aber nun

zeigen zu können, daß, um dieses Ziel zu erreichen, durch diese Re-  
solution kein praktischer Weg vorgeschlagen wird. (Sehr richtig!)  
Wenn man in Deutschland festhalten will, ob das zwar sehr ver-  
schieden, aber doch wohl subjektiv wenigstens meßbare richtige  
Verhältnis zwischen direkter und indirekter Besteuerung  
überschritten ist oder nicht, dann darf man sich keineswegs  
halten an das Reich, sondern man muß die Gesamtheit  
der öffentlichen Einnahmen, die ein Deutscher zu tragen hat in Gemein-  
den, in den Einzelstaaten und im Reich ablesen. Hieraus ergibt  
sich auch von selbst, daß alle Vergleichen der verhältnismäßigen  
Belastung der Deutschen bezüglich der direkten und indirekten  
Abgaben mit der verhältnismäßigen Belastung anderer Nationen  
trügerisch sind, sofern nicht auch die Kommunalsteuern mit in Re-  
chnung gezogen werden. (Sehr wahr!) Wenn Sie aber einmal diese  
Vergleichung ohne Kommunalsteuern machen — ich habe nach meinen  
Studien die Ueberzeugung, daß verhältnismäßig in Deutschland  
die Kommunalsteuern mindestens so hoch sind, wie in den benach-  
barten europäischen Staaten — so stellt sich das Verhältnis der  
Belastung von Reich und Staat bei dem einzelnen  
Deutschen in Bezug direkter und indirekter Belastung doch immer  
noch weit günstiger in Deutschland als in Frankreich, als selbst in  
England, als selbst in Amerika. (Hört! Hört!) Ich bin ja mit  
dem Kollegen Rickert in dieser Beziehung vollkommen einverstanden,  
wir stehen beide auf dem Standpunkt, daß es unter den gegen-  
wärtigen Kultur- und Finanzverhältnissen der europäischen Staaten  
so völlig unmöglich ist, Verbrauchsabgaben ganz zu entbehren und  
auf die indirekten Steuern zu verzichten, daß also ein  
normales Verhältnis zwischen direkter und indirekter Belastung  
überall unentbehrlich ist. Nun ist es aber an und für sich gar nicht  
erwiesen, daß dieses Verhältnis in Deutschland erheblich über-  
schritten sei, namentlich, wenn wir das in dieser Beziehung be-  
stehende Verhältnis vergleichen mit den übrigen Kulturstaaten; im  
Gegentheil, man kann wohl mit mehr Wahrscheinlichkeit das Um-  
gekehrte behaupten. So viel steht aber zweifellos fest, für den  
einzelnen Steuerzahler ist es vollkommen gleichgültig, ob er  
bezüglich dieses richtigen Maßes zwischen direkter und indirekter  
Belastung, ob er die direkte Steuer im Reiche zahlt, oder in den  
Einzelstaaten; das kommt für den einzelnen Steuerpflichtigen voll-  
kommen gleichmäßig heraus.

Wenn nun die Herren es für dringend halten, gegenüber der  
so erheblich gestiegenen Verbrauchsabgabe im deutschen Reich  
möglichst schnell und entschieden eine Entlastung der  
unteren Volksklassen, oder wenigstens einen Ausgleich  
durch stärkere Heranziehung der größeren Einkommen herbei-  
zuführen, so muß ich an Sie die Frage richten, ob Sie es für  
wirtschaftlicher und leichter durchführbar halten, die Heran-  
ziehung in der gegenwärtigen politischen Lage innerhalb des deutschen  
Reiches durchzuführen als in den Einzelstaaten. (Auf: Reiche!) Da  
bin ich entschieden entgegengelegter Ansicht. Kollege Rickert hat  
sich auf verschiedene Zeitungsartikel berufen, gemüthlichen  
als auf Autoritäten. Ich möchte ihm im Allgemeinen nicht darin  
folgen, aber ich halte mich doch berechtigt, einen Artikel, den er  
selber angeführt hat, aus der „Allgemeinen Zeitung“ anzuführen.  
Dort wird gesagt, daß man es für gänzlich unthunlich halten müsse,  
auf die bestehenden Einkommensteuern der Einzelstaaten eine neue Reichs-  
einkommensteuer zu propfen. Hierin liegt die Entgegnung. Herr Kollege  
Rickert hat von mir eine Rede aus dem Jahre 1867 citirt. Wenn diese Rede  
heute nicht mehr ganz zuträfe, wenn ich Erfahrungen gemacht hätte,  
wenn die politische Lage heute eine ganz andere ist, so würde ich  
mir gar nichts daraus machen, zu sagen, daß ich heute anderer  
Meinung bin. Aber ich bin heute noch genau derselben Meinung,  
wie 1867. Wenn es möglich wäre, aus den Einzelstaaten die Klassen-  
und klassifizierte Einkommensteuer auf das Reich zu übertragen, wenn  
wir nur eine einheitliche Einkommensteuer in den deutschen  
Staaten hätten, die Einzelstaaten darauf verzichten, und so  
würde ich die Reichseinkommensteuer vorsehen. Nun frage  
ich aber, ob die Herren daran glauben, daß, wie die Dinge heute  
liegen, die Einzelstaaten auf die direkte Steuer verzichten, ihre ganze  
Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer aufgeben und an das  
Reich abtreten würden. Da ist gar nicht daran zu denken. Herr  
von Huene hat nun aber, da dies eine Möglichkeit ist, die kaum gedacht  
werden kann, mit Recht darauf hingewiesen, daß es zu der größten  
Schwierigkeit in der Durchführung, zu größter Ungleichheit in der  
Belastung führen muß, wenn man auf die gegenwärtig bestehende ver-  
schiedenartige Einkommensbelastung in den Einzelstaaten noch eine  
einheitliche Reichseinkommensteuer draufsetzt. Wir haben schon  
in den Gemeinden die Erfahrung gemacht, zu welchen Konsequenzen  
es führt, wenn die Gemeinden neben der staatlichen Einkommen-  
steuer eine selbständige Einkommensteuer veranlagten wollten.  
Und man hat das allgemein als unannehmbar er-  
achtet, man ist übergegangen zu dem System der Zufuhre. Des  
letztere System ist aber seitens des Reiches zu den Steuern der  
Einzelstaaten wegen der unheilvollen Verschiedenheit absolut un-  
möglich. Wir würden also notgedrungen zu einer selbstän-  
digen Veranlagung der Reichseinkommensteuer. Ob diese sich bezieht  
auf 150 000 oder 200 000 Personen, das macht nach meiner  
Meinung um so weniger einen Unterschied, als diese ja die aller-  
bedeutendsten Steuerkräfte sind, die Ungleichheit dort also eben-  
so wirken würde als bei den niedrigen Stufen, vielleicht  
noch progressiv stärker. Nun stellen Sie sich vor, wir  
haben verschiedene Länder, wo Veranlagungszwang besteht.  
Wenn die Reichseinkommensteuer dort durch selbständige  
Organe eingeführt würde, so würden sämtliche Materialien,  
die ganze Aufklärung, die aus der obligatorischen Veranlagung  
hervorgeht, von den veranlagenden Reichsbehörden benützt werden,  
während in anderen deutschen Staaten, z. B. Preußen, eine sehr  
unvollständige Schätzung, die der Wahrheit doch nur mehr oder  
weniger nahe kommt, zu Grunde gelegt werden müßte,  
und eine ganz verschiedenartige Veranlagung unter allen  
Umständen hervorgehen müßte. Wie wollen Sie es denn  
machen in denjenigen Fällen, wo zwar nicht eine allgemeine  
Einkommensteuer besteht, aber, wie in verschiedenen süddeutschen  
Staaten, die Kapitalrentensteuer? Da kommen Sie zu einer ganz  
verschiedenartigen Belastung der verschiedenen Einkommen. Das  
sind Schwierigkeiten, die die größte Unzufriedenheit hervorrufen  
müssten in Deutschland. Ich bin daher jedenfalls der Ansicht, daß,  
wenn diese Schwierigkeiten auch überwunden werden könnten — ich will  
das durchaus noch nicht für alle Zukunft bestreiten — so doch von  
einer solchen Bedeutung sind, daß es aussichtslos ist, um das  
gegenwärtige Defizit des Reiches und der Einzelstaaten zu decken,  
zu einem Mittel zu greifen, von welchem man sich sagen muß, daß  
es in einer unübersehbaren Zeit an den inneren Schwierigkeiten der  
Sache, den inneren Widersprüchen, und wenn selbst das nicht wäre,  
an den Widerständen der Einzelstaaten scheitern müßte. Ich theile,  
wie schon gesagt, nicht die Ansicht des Herrn v. Huene, daß durch  
die Aufhebung einer solchen direkten Reichseinkommensteuer in die  
Rechte der Einzelstaaten eingegriffen sei, formales Recht  
kann man nicht entgegensetzen, aber doch auf das  
Wirksamste in die bestehenden Verhältnisse der Einzel-  
staaten, in die ganze Ordnung des Finanzwesens derselben einge-  
griffen werden würde, das muß ich zugeben, und daher kann ich mir  
nicht anders denken, als daß die Einzelstaaten einen solchen Vor-  
schlag den allergrößten Widerstand entgegenstellen würden. Will man  
zu einer direkten Reichseinkommensteuer kommen, so wäre  
es vielleicht richtiger noch, solche Steuerformen zu wählen,  
die nicht in direktem Kontakt mit gleichartigen und bestehen-  
den Steuern in Einzelstaaten, wenigstens in der Art  
kommen, wie es bei der Einkommensteuer der Fall ist. Ich erinnere  
mich dunkel, daß Herr Kollege Meyer in dieser Beziehung einen  
Vorschlag gemacht hat, wenn nicht irre, eine Erbsteuer oder  
eine Reichsgewerbesteuer einzubringen. (Abg. Rickert: Vermögens-



feiner). — Ich meine Erbschaftsteuer — jedenfalls wäre das noch viel leichter, als der uns in der Resolution gemachte Vorschlag. Man muss die Sache so, dann muss man sich doch fragen: wenn man das Ziel erreichen will, welches die Herren im Auge haben, nämlich eine härtere Besteuerung der reicheren Klassen zur Deckung der Staatsausgaben, dann muss man nicht bestreiten, dass der Weg, den wir jetzt einschlagen, ein sehr schlechter ist, nämlich den Weg der direkten Steuern in den Einzelstaaten? Diesen Weg hat eine Reihe deutscher Staaten mit sehr gutem Erfolge beschritten, und in Preußen allein und vorzugsweise, kann man wohl sagen, ist dabei zurückgeblieben. Ich will die Gründe nicht unterbreiten, wodurch das entstanden ist. Es ist ja auch möglich, dass man seitens der Regierung die Meinung ist, man könnte den ganzen Bedarf Preußens decken durch die Besteuerung der indirekten Einnahmen im Reich. Wenn das früher die Meinung gewesen sein mag, so werden, glaube ich, auch die Regierungskreise sich längst überzeugt haben, dass dies ein Irrthum ist. Ich wenigstens, wenn ich die ganze lange Reihe der nicht gedeckten Ausgaben, der drohenden oder schon jetzt mit Sicherheit vorauszu sehenden kommenden Ausgaben im Reich und Staat mir vergegenwärtige, denke gar nicht daran, dass es möglich sein wird oder gar rathsam und berechtigt, diese Bedürfnisse zu decken durch eine Vermehrung der indirekten Steuern. Es muss der praktische Staatsmann in Preußen sich auch überzeugen, dass, was er auch für Hoffnungen daran knüpft, sie nicht ausreichen werden, um eine entscheidende Reform der direkten Steuern in Preußen möglich zu machen, ja dass eine bedeutende Vermehrung des Einkommens aus den direkten Steuern in Preußen eine Nothwendigkeit ist. Ist das richtig, so wird es doch wohl meiner Meinung nach nicht schwer sein können, wenn ganz gute Ansätze vorhanden waren, in Preußen das Ziel zu erreichen, welches die Herren hier im Reich zu Zeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen vergeblich anstreben. Sie werden viel eher zu einer solchen Reform gelangen. Die Reform wird denselben Effekt haben für die einzelnen Steuerpflichtigen, eine härtere Heranziehung der Reichen, eine große Entlastung der weniger Bemittelten. Ich möchte daher die Herren einladen, diesen Weg vor allem ins Auge zu fassen. Das Ziel — in der Beziehung bin ich ganz einverstanden mit Herrn von Suene — ist ein so bedeutendes und durch die Verhältnisse direkt indirektes, dass man, glaube ich, kaum wird verantworten können, es abhängig zu machen von der Erwerbung neuer parlamentarischer Rechte. Allerdings hat in Preußen, das betone ich, das Abgeordnetenhaus oder der Landtag noch nicht das Recht der Steuerbewilligung. Es wäre nach meiner Meinung im Interesse aller Theile, auch der Staatsregierung, dass dieses Recht vorhanden wäre. Ich freue mich, dass Herr Kolleke nicht seinerseits auch eine Reform der Branntweinsteuer und der Zuckersteuer im Reich notwendig erklärt hat; ich stehe in dieser Beziehung ganz auf demselben Standpunkt. Ich bin der Ansicht, dass die gegenwärtigen schwierigen Verhältnisse in der Zuckerindustrie noch keineswegs berechtigen, diese so notwendige Reform zu verzögern. Was den Branntwein betrifft, so halte ich auch eine gerechtere Veranlagung, nicht minder eine Erhöhung der Einnahmen aus denselben für durchaus berechtigt; wir werden also diese Frage gemeinsam hier berathen können. Ich halte es nicht für richtig, im speziellen zu diesen Fragen Stellung zu nehmen; wir werden abwarten, welche Vorlagen uns die Staatsregierung in dieser Beziehung bringt. Wir halten es für dringend wünschenswerth, nach unserem alten Programm, welches wir immer festgehalten haben, früher auch in Uebereinstimmung mit dem Herrn Kolleke, dass das Reich selbstständig gestellt wird in seinen Einnahmen und dass die Einzelstaaten möglichst wenig bestraft werden durch schwanke und, weil sie die Natur der Kopfsteuer tragen, ungerechte Matrifularumlagen. Freilich, wird man dazu Maß halten müssen; man wird sich nicht das Ziel stellen müssen, dass man durch eine ungewisse, meiner Meinung nach auch gar nicht mögliche Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches zur Ueberweisung solcher Summen an die Einzelstaaten, welche dazu dienen und hinreichen könnten, das bestehende direkte Steuersystem in den Einzelstaaten zu gefährden, dasselbe erreicht. So weit würde ich nicht gehen, und ich bin auch überzeugt, dass dieser Weg, wenn man ihn versucht, an sich ungangbar wäre. In dessen halte ich es doch für durchaus berechtigt, dass die Reichsregierung den Einzelstaaten das indirekte Besteuerungsrecht theilhaftig entzogen hat, ein möglicher Theil von Ueberweisung nach über die Höhe der Matrifularumlagen an die einzelnen Staaten aus dem Reich abgeführt werde; wir werden darüber später bei der Berathung der Vorlagen sprechen, in welchem Maße und auf welchem Wege dies zu geschehen hat. Aber in sich betrachtet bis zu dieser Grenze ist das ganze Verfahren. Ich glaube meine und meiner politischen Freunde Stellung zu diesen Vorlagen genügend gekennzeichnet zu haben. Wir unterbreiten Ihnen den Antrag in der motivirten Tagesordnung, welche im Wesentlichen diejenigen Gedanken ausdrückt, die ich mir zu skizziren gestattete, welche das Ziel der Heranziehung eines größeren Einkommens als berechtigt erklären, welche aber die Ausführung eines solchen Plans zur Zeit nur durch die Reform der direkten Besteuerung in den Einzelstaaten für möglich erklärt, welche die Furcht ausdrückt, dass, wenn man dem Reich das nicht zu erreichende Ziel einer Reichseinkommensteuer nachstrebt, man dadurch gerade die einzig mögliche und praktische Durchführung der Reform in den Einzelstaaten verzögert würde. Wir halten diese Reform für dringlich, und gerade deswegen können wir wider die Resolution nicht. (Beifall bei den National-Liberalen.)

Abg. Dr. Meyer (Halle): In den Ausführungen des Abg. Miquel hat uns an manchen überflüssig seine Stellung zur Durchführung der direkten Steuern. Er meint, er sei zwar kein Gegner der Quotierung, aber er halte die dadurch erstrebte Machterweiterung des Reichstages für eine Verhinderung der in Rücksicht genommenen Steuerreformen. Wir aber wollen die Quotierung nicht als parlamentarische Machterweiterung, sondern weil wir sie für eine finanzielle Nothwendigkeit erachten. Was uns zur Veranlagung unserer Resolution veranlasst hat, ist der Umstand, dass wir jetzt wiederum einer Erhöhung der indirekten Steuern entgegengehen, während doch schon seit acht Jahren alle notwendigen Mehrausgaben auf die indirekten Steuern gelegt werden; und dagegen wollen wir protestiren. Was man aus Unleser von den indirekten Steuern sagen mag, das ist unbestreitbar, dass sie nur den Konsum treffen, nicht aber das Einkommen, das nicht konsumirt, sondern aufgespart wird. Herr Miquel meint, dass die Einzelstaaten der Reichseinkommensteuer Widerstand leisten würden. Aber wie kann das für ihn ein Hindernisgrund sein, für ihn, den begeisterten Reichsanwalt mit dem kommenden Schwert (weiter). Das wir der Militärvorlage den vorderein und reichlich gegenüber gestellt hätten, ist nicht wahr. Wir haben viel mehr folgende der Vermehrung der Einnahmen zugestimmt, wir haben bereit erklärt, die erforderlichen Mittel zu bewilligen, und eben dann haben wir es auch für unsere Pflicht gehalten, für eine Aufbringung dieser Mittel Vorschläge zu machen. Wir wollten gerade zeigen, dass wir nicht die Partei seien, die stets vermeint. (Wachen rechts.) Wir sind überzeugt, dass die Reichseinkommensteuer die einzige Steuer ist, die in diesem Momente gerecht wirken wird, und wir meinen auch, dass sich ein beglücktes Gesetz in wenige Paragraphen wird fassen lassen. Wir sind gern bereit, daran mitzuwirken; wenn Sie das nicht wollen und unsere Resolution gleich durch eine motivirte Tagesordnung ablehnen, so haben wir wenigstens unsere Schuldigkeit gethan. (Mache rechts.)

Abg. von Hellendorff (Kon.): Ich verstehe es, dass man auf jener Seite das Bedürfnis fühlt, sich zu äußern. Eben dann brauchen wir nicht ausführlich über den Antrag zu sprechen. Wir sind auch gern bereit, an einer Reform der direkten Steuern in den Einzelstaaten mitzuwirken, doch aber vermeiden Sie (links) es. Ich ist lächerlich, zu glauben, dass man im Ausland die indirekten Steuern weniger anpaune als bei uns. (Auf links: Selber lächerlich!) — Abg. Richter meldet sich zur Geschäftsordnung. (Ein ersterlicher Antrag, und hier über Steuerprogramm zu unterbreiten, liegt nicht vor. Der ganze Antrag ist lediglich agitatorisch. Wir werden ihn nicht ablehnen und auch gegen die motivirte Tagesordnung stimmen, weil wir durch eine längere Tagesordnung in diesem Augenblick dem Antrag eine Bedeutung zuschreiben, die er gar nicht hat. (Sehr gut! rechts.)

Abg. Richter (zur Geschäftsordnung): Der Vorredner hat Aufnahmen auf dieser Seite als „lächerlich“ bezeichnet. (Widerspruch

rechts). Ich möchte fragen, ob das von jetzt ab parlamentarisch zulässig ist.

Vizepräsident Dr. Anst: Dem Abg. Richter gegenüber bemerke ich, dass die Ausführung des Abg. von Hellendorff von mir und den Schriftführern dahin verstanden worden ist: „Es ist lächerlich, zu glauben, dass man ...“ Es war also die Aeußerung in einem Sinne gesprochen, in welchem eine Verleumdung von Mitgliedern dieses Hauses nicht liegt.

Abg. Richter: Dann kann ich auch nur wünschen, dass „man“ alles vermeide, was wie eine unferliche Ueberhebung ausseht. (Mache rechts.)

Abg. von Suene: Wir haben nicht die Gewohnheit, ein so hohes Pferd zu besteigen, wie Herr von Hellendorff. Man sollte doch Anträge aus der Mitte des Hauses nicht in dieser Weise behandeln. Sachlich hat Herr von Hellendorff gar nichts vorgebracht. (Sehr richtig!) Was die motivirte Tagesordnung betrifft, so ist zwischen den Parteien eine große Differenz mit uns zu lesen, wir können daher für dieselbe nicht stimmen. Wenn aber die konservative Partei ebenfalls sich absetzt zu derselben Verhält, so konstatire ich, dass heute das Kartell gleich bei der ersten Gelegenheit in die Brüche gegangen ist. (Mache rechts und bei den National-Liberalen.)

Abg. Dr. Baumberger (Hr.): Der Abg. Miquel hat wieder von seiner alten Methode Gebrauch gemacht, die darin besteht, seinen Gegner dadurch zu entkräften, dass er ihn zuerst lobt, dann aber über ihn herfällt. Er hat auch heute uns in der Hauptsache nicht gelassen, hat aber erklärt, dass unter den augenblicklichen Verhältnissen die Schwierigkeiten bei einer Einführung der Reichseinkommensteuer zu groß seien. Die Reichseinkommensteuer würde aber einerseits dem Reich einzufließen sein, andererseits eine geringe Anzahl von Einnahmen treffen.

Gerade in der Vereinigung dieser beiden Gesichtspunkte sehe ich ihren Vorzug. Ein Grund ist vom Abg. Meyer nicht erwähnt worden, aus welchem wir noch für die Reichseinkommensteuer sind, nämlich der Dienst der Einjährig-Freiwilligen gegenüber der dreijährigen Dienstpflicht der großen Masse der Bevölkerung. Da wollten wir einen Einjährig herbeiführen und haben darum ein Einkommen von 6000 M. an gewählt. Herr v. Hellendorff hat gemeint, dass unsere Resolution aus agitatorischen Motiven eingebracht sei. Diesen unseren Vorschlag als ein Agitationsmittel zu bezeichnen, wäre ganz falsch. Es wäre auch ein schlechter Räder für die öffentliche Meinung; denn, Alles, was nicht sozialistisch wählt, muss doch auch auf die Vermögenden Rücksicht nehmen, und ich glaube, dass der Gedanke der Reichseinkommensteuer und mehr geschätzt als gemeint hat, weil mancher Vermögende daran Anstoß genommen hat. Also eine Agitation hat in unserem Antrag nicht gesteckt. Gerade gegen uns ist die allerhöchste Wahlagitation getrieben worden. Die Klasse Furcht ist herangezogen, und man war verpflichtet zu glauben, nicht nur das Frankreich und in jedem Augenblicke werden, wenn wir die Arme nicht auf sieben Jahre bewilligen, sondern auch das wir ohne diese Bewilligung geschlagen werden (Mache bei den Voten: Reichsfeinde!) und jeder war ein Bundesverräter, der nicht glaubte, dass in zehn Tagen die Franzosen kommen. (Großer Lärm.)

Während dieser Rede übernimmt Präsident von Wedell-Bredow wieder den Vorsitz.

Abg. von Kardorff (Reichsp.): Der Vorredner nimmt den Vorwurf an, dass ihr Antrag agitatorisch sei; ich erinnere daran, dass man auch uns vorgeworfen hat, dass wir die schlagendsten Agitationen eingebracht hätten aus egoistischen Interessen und aus agitatorischen Motiven. Der Vorwurf des Abg. v. Suene, dass das Kartell heute sich nicht bewährt habe, ist ganz unbegründet. Wir können uns doch unmöglich für jeden Antrag anderer Parteien binden. (Abg. Meyer: Sehr unbedeutend! Selber.) Auch die Freistellungen, das Centrum und die Sozial-Demokraten haben ein Kartell geschlossen; aber auch sie unterstützen sich nicht in jeder Sache. — Wenn Abg. Baumberger gemeint hat, dass die „Klasse Furcht“ herangezogen sei und die Wahl beeinflusst habe, so frage ich: was ist das für eine Meinung vom deutschen Volke? Nicht die Furcht, welche wir erregt haben sollen, hat das deutsche Volk beeinflusst, sondern die Furcht, dass die frühere Majorität Richter, Windthorst, Griseuburger wiederkehren könnte. (Lärm links und im Centrum.)

Abg. von Suene: Die Aeußerungen des Herrn von Kardorff lassen den Eindruck erwecken, dass ihm das Kartell bereits leid thut. Das Kartell zwischen den Konservativen und den National-Liberalen ist doch eine Thatsache, von der man reden kann, und Herr von Kardorff hat nicht wenig betont, dass wirtschaftliche und politische Differenzen vor der Macht auf das Kartell zurückzuführen wüßten. Zwischen uns und den Freistellungen hat aber nie ein Kartell bestanden, wenn wir es auch in einzelnen Fällen bei den Wahlen unterstützt haben. Mit den Sozial-Demokraten haben wir überhaupt keine andere Beziehung, außer dass wir im schärfsten Gegensatz zu ihnen stehen. Es kann also von einem Kartell zwischen uns und diesen Parteien nicht die Rede sein. (Widerpruch.)

Abg. Dr. Barth (Hr.) vertheidigt noch einmal die Resolution des Abg. Richter.

Abg. Dr. Miquel: Der Abg. v. Suene hätte aus den Worten des Herrn v. Kardorff entnehmen können, dass es von vorneherein viel richtiger wäre, sich in die Seele der sogenannten „Kartellbrüder“ hineinzuversetzen und ihnen nicht Motive unterzuschieben, die nicht vorliegen. So ist der ganze Streit über die Wahlbewegung entstanden lediglich durch die Aeußerung des Abg. v. Suene (Auf links: Hellendorff!) Der Abg. v. Suene hat ausdrücklich gesagt, man solle, dass die Kartellbrüder bei der ersten Gelegenheit sich unvereinig wären. (Sehr wahr! links.) (Eine Wahlkonflikte schließen, heißt doch nicht seinen Standpunkt als politische Partei aufgeben, das wissen doch die Herren vom Centrum viel besser als viele andere (Sehr richtig! rechts und bei den National-Liberalen), also aus dem Wahlkartell kann noch nicht auf die Stellung der Parteien zu einer bestimmten Frage im Parlament geschlossen werden. (Sehr wahr!) Dennoch glaube ich, dass es sich im vorliegenden Falle doch höchstens um eine Differenz in den Motiven handelt und ich bin zufrieden, wenn die drei Parteien später im Konfliktfall wenigstens zusammenhalten. (Sehr richtig.)

Wir wollen hoffen, dass die Sorge des deutschen Volkes, die es aus diesen ganzen Eust der Lage geschöpft hat, sich schließlich nicht bewahrheiten wird und wir werden dann glauben, dass die Haltung der nationalen Partei dazu nicht wenig beigetragen hat. Aber das hoffe ich auch und wünsche mit dem Abg. Baumberger selber, dass die drohenden Gefahren von der anderen Seite wegen Gefährdung der Verfassung, des allgemeinen Stimmrechts, der Einführung von Monopolen sich ebenso wenig bewahrheiten werden. (Beifall.) Und das wird leicht sein, weil es von selber abgeht. (Sehr richtig.)

In dieser Beziehung werden wir um so eher zum Ziele kommen, und ich bin überzeugt, dass die Herren sich selbst freuen werden, wenn die Gespenster keine Wirkung haben. Nun hat der Abgeordnete Meyer gesagt, es wären Gedanken, die die Herren in der Resolution niederlegen. Ja, das ist es eben, worüber wir uns beklagen. Der Abgeordnete Meyer hat früher selbst einmal sehr schön gegen solche Gedanken gesprochen. Ja, m. H., das ist zwar sehr schön, aber was wir bestreiten und was mir in der Debatte auch nicht widerlegt scheint, ist, dass ein dringendes Bedürfnis vorliegt, die Mittel des Reichs in erheblichem Maße zu vermindern. Dieser Gedanke ist nur ausführbar durch praktische Hilfsmittel. Darauf allein kommt es an. Der Herr Abg. Meyer hat sich darüber gewundert, dass ich, der ich ja stets für die Reichseinkommensteuer eingetreten sei — er hat das ja so schön ausgedrückt — den Widerstand der Einzelstaaten befürchte. Wie kann der Abg. Meyer glauben, die Zustimmung der Mitglieder des Bundesraths zu einem solchen Gesetz zu erlangen, auch wenn er sich nicht vor ihm fürchtet? (Sehr richtig.) Es kommt auf die praktische Ermöglichung an, ob man in dieser Beziehung irgend eine Aussicht auf Erfolg hat. Ich habe früher gezeigt, dass der Widerstand der Einzelstaaten sehr viel innere Begründung hat. Wenn der Widerstand lediglich aus parlamentarischen Gründen hervorgeht, so wäre die Sache ganz anders. Man muss aber zugeben, dass, so lange das jetzige direkte Besteuerungssystem in den Einzelstaaten besteht, es zu den größten Schwierigkeiten und Verzögerungen führen wird, dann noch eine Reichseinkommensteuer zu gründen. So lange das nicht überlegt ist, sage ich aus diesen Gründen allein ist es für den praktischen Politiker unwahrscheinlich, dass Sie

auf diesem Wege Ihr Ziel erreichen. Wenn Sie nun aber Ihr Ziel erreichen, so haben Sie 20 Millionen. Der Herr Abg. Barth hat nun ausgeführt, dass die Reform der Branntweinsteuer von seiner Partei nur dann ausgehen würde, wenn nun ebenso viel andere Verbrauchsabgaben erlassen würden. Ja, ist das richtig, dann konstatire ich, dass in diesem Programm ein Mittel zur Deckung des ansteigenden Defizits im Reich und in den Einzelstaaten nicht liegt (sehr richtig), und wir müssen auf unsern alten Standpunkt bestehen bleiben, indem wir sagen: dieses Programm erreicht das Ziel nicht, was wir vertreten haben: Die Selbstständigmachung des deutschen Reiches und seiner Finanzen und dadurch Entlastung und Ordnung der Finanzen der Einzelstaaten. (Beifall.)

Ein Schlussantrag wird abgelehnt.

Abg. v. Kardorff: Wenn das richtig ist, was in den Blättern über die Versprechungen des Herrn Richter gegenüber den Sozialdemokraten in Brandenburg gesagt ist, so ist damit die Brüderlichkeit zwischen diesen beiden Parteien erwiesen.

Abg. Richter: Die bodenlosen Bekanntschaften, welche ein Brandenburger Blatt darüber aufgestellt hat, sind bereits seitens des Ausschusses als Verleumdungen zurückgewiesen worden. Ich wundere mich, dass ein Politiker wie Herr v. Kardorff solche Dinge hier wiederholt. Ich will noch die herzlichste Bitte an den Abg. Miquel richten, die Gegenpartei nicht in Gegenlag zu „nationalen Parteien“ zu setzen; wir sind mindestens ebenso national, wie jede andere Partei. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff: Wenn der Abg. Richter versichert, dass die Mittelungen bezüglich des Brandenburger Falls nicht zutreffen, so kann ich in diesem Fall meine Behauptung nicht aufrecht erhalten. Das wird aber nicht geleugnet werden können, dass die Herren Sozial-Demokraten für die Deutsch-Freistämigen eingetreten sind.

Abg. Dr. Miquel: Wenn ich den Ausdruck „nationale Parteien“ gebraucht habe, so schließe ich damit keine Parteien und besonders keine Personen aus.

Abg. Richter: Wenn damit Andere nicht ausgeschlossen sein sollen, so ist die Bezeichnung überflüssig, und es wäre besser, diesen Ausdruck, den zuerst Herr v. Kardorff gebraucht hat und der dann von Herrn Miquel angenommen ist, zu vermeiden. Ich werde immer dagegen protestiren, weil wir uns für eben so national halten wie die anderen Parteien.

Abg. v. Köller (Kon.): Nachdem die Herren unter der Firma „Deutsch-Freistämigen“ Flakso gemacht haben (Auf links: erbärmlich!) — ja das Flakso ist erbärmlich — da mussten Sie sich an einen andern Namen heranschlagen. (Stürmische Heiterkeit.) Sie beschwerten sich darüber und zeigten eine große Empfindlichkeit, dass die Majorität des Reichstages für sich das Präsidial national und reichsteu in Anspruch nimmt. (Auf links: Das ist eine Ueberhebung!) Sie (nach links) sprechen überhaupt bei der Diskussion im Verhältnis zu Ihrer Fraktion viel zu viel. (Stürmische Heiterkeit.) Sie müssen und aber mit derartigen Sachen nicht reizen (Stürmische Heiterkeit), ich möchte Sie daher nochmals bitten, nicht zu empfindlich zu sein, wenn wir uns mit Recht die reichsten und nationalen Parteien nennen (Auf links: Das ist eine Ueberhebung!), wenn wir mit Recht stolz sind auf die Erfolge, die wir bei diesen Wahlen gemacht haben.

Präsident v. Wedell: Herr v. Köller hat im Eingang seiner Ausführungen von dem erbärmlichen Flakso einer Partei dieses Hauses gesprochen. Ich habe ihn nicht unterbrochen, weil er selbst es so erläuterte, dass das Wort „erbärmlich“ nur auf das Flakso bezöge. Ich bitte ihn jedoch, derartige ausgiebige und leicht misszuverstehende Bemerkungen zu vermeiden.

Abg. von Köller: Ich habe den Ausdruck keineswegs von Mitgliedern dieses Hauses gebraucht (Heiterkeit), sondern ich habe nur gemeint, ihre Partei im Lande hat ein erbärmliches Flakso erfahren. (Worte des Präsidenten.) Das Flakso war ein erbärmliches.

Präsident v. Wedell: Ich hatte den Herrn v. Köller soeben gebeten, derartige leicht misszuverstehende Aeußerungen zu vermeiden. Dem ohneachtet hat er den gerügten Ausdruck wiederholt und meiner Bitte dadurch nicht entsprochen. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung. (Beifall links.)

Ein Antrag auf Schluss der Debatte wird hierauf angenommen.

Abg. Richter (zur Geschäftsordnung): Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, dass es der Mehrheit soeben gefallen hat, die Diskussion zu schließen, nachdem aus den Reihen derselben Mehrheit soeben ein Redner aufgetreten war, der zwar nicht das Mindeste zur Sache (Wol! rechts) gesprochen, aber auch in dem Theile seiner Rede, wegen dessen er nicht zur Ordnung gerufen worden ist (Wol! rechts) nichts als Parabeln gegen die Linke vorgebracht hat. Die konservative Partei mag stolz sein, auf was und wen sie will, auf Herrn von Köller kann sie es jedenfalls nicht. (Lebhafte Mache rechts.)

Präsident von Wedell: Ich möchte hierauf bemerken, dass eine solche Bemerkung über einen Abgeordneten eine Ungehörigkeit ist. Ich rufe den Abg. Richter deshalb zur Ordnung. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Richter: Ich habe es nicht so gemeint, sondern nur das Verhalten des Herrn von Köller außerhalb dieses Hauses. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. von Köller: Hierauf bemerke ich dem Herrn Abgeordneten, dass unsere Wege sich noch niemals außerhalb dieses Hauses gekreuzt haben, und dass ich ihm ein Urtheil über mein Verhalten außerhalb dieses Hauses deshalb nicht ausstehe, weil unsere Wege absolut verschieden sind. (Sehr gut! rechts. Abg. Richter: Schwach.)

Der Antrag der National-Liberalen (Abg. Moe und Genossen) auf Ausnahme einer motivirten Tagesordnung wird hierauf gegen die Stimmen der National-Liberalen abgelehnt, desgleichen auch die Resolution der Deutsch-Freistämigen gegen die Stimmen der Freistämigen und Sozialdemokraten.

Die Uebersicht der Reichsausgaben und -Einnahmen für das Etatsjahr 1885/86, die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für das Etatsjahr 1885/86 und die Rechnung der Kasse der Oberrechnungskammer für das Etatsjahr 1884/85, bezüglich derjenigen Theile, welcher sich auf die Reichsverwaltung bezieht, werden an die Rechnungskommission verwiesen.

Hierauf verlässt sich das Haus.

Abg. Singer fragt an, ob der bei Zusammentritt des Reichstages gesetzlich erforderliche Reichstagsbeschluss der verbundenen Regierungen über die Ausführungen des Sozialengesetzes bereits eingegangen sei, und erklärt auf die vernünftige Antwort des Bundespräsidenten, er behalte sich vor, einen hierauf bezüglichen Antrag zu stellen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats.) Schluss 5 Uhr.

### Neueste Nachrichten.

— Der Kaiser von Russland hat, wie die „Nordd. Alg. Ztg.“ meldet, anlässlich seines gestrigen Geburtsfestes dem Statistiker des kaiserlichen Amtes Grafen v. Bismarck-Schönhausen den Reichsorden verliehen.

— Die die „Neue Preuss. Ztg.“ vernimmt, hat der Abg. Frhr. v. Franckenstein den Reichskanzler Fürsten Bismarck um eine Unterredung gebeten.

— Die Gemahlin des russischen Botschafters feierte gestern ihren Geburtstag. In der nachmittäglichen Theestunde erschien, laut Mittheilung der „Post“, im Salon der Reichskanzler Fürst Bismarck, gratulirte auf das herzlichste und unterhielt sich eine halbe Stunde lang mit den anwesenden Damen. Diefem Besuch folgte eine Unterredung mit dem russischen Botschafter.

© Triest, 11. März. In Alexandria soll die Bankhaus Babaracca; Passiven 3 Millionen Lire, Aktiven 2 Millionen. (Privattelegramm der „National-Zeitung“.)

Verantwortliche Redakteur: F. Derubing in Berlin. Für die auf die deutschen politischen Angelegenheiten bezüglichen Theile: E. Köhner in Berlin.

Druck und Verlag der National-Zeitung Dr. F. Salomon in Berlin.